



Scharnhorststraße und die Heinrich-Heine-Straße. Teilweise würden diese Strecken auch von online abrufbaren Routenplanern angeboten. Seine Lösungsvorschläge, den Kfz-Durchfluss in den Straßen Scharnhorststraße, Großbeerenstraße, Heinrich-Heine-Straße und Brandenburger Straße zu unterbrechen und für die Richard-Dehmel-Straße (West) die Richtung der Einbahnstraße umzudrehen, seien kostengünstig umzusetzen.

Die Mitglieder des Fachausschusses bedanken sich einhellig für den umfassend erarbeiteten Bürgerantrag. Aus der Diskussion ergibt sich einerseits Skepsis gegenüber dem angenommenen Ausmaß an Schleichverkehren durch den Ortsteil. Zu klären sei auch, ob sich die mit dem Kfz zurückgelegten Wege nicht verlängerten und sich damit die CO<sub>2</sub>-Bilanz verschlechtere. Außerdem sei mit ungewünschten Verlagerungen des motorisierten Verkehrs zu rechnen. Andererseits wird ein Gewinn an Aufenthalts- und Wohnqualität sowie eine Verlangsamung der motorisierten Verkehrsflüsse erwartet. Übereinstimmend wird festgestellt, dass ein solches Vorhaben eine umfassende Einbeziehung der betroffenen Anwohner\*innen notwendig mache.

Auf Nachfrage stellt Ralf Raschkewitz (Polizeirevier Schwachhausen) fest, dass er von einem erheblichen Umfang an Schleichverkehren durch die Scharnhorststraße und die Heinrich-Heine-Straße ausgehe. Er sehe in dem Bürgerantrag durchaus die Möglichkeit, diese zu verringern und für mehr Aufenthaltsqualität in den betroffenen Straßen zu sorgen. Eine nennenswerte Anzahl an Unfällen in den genannten Straßen sei ihm allerdings nicht bekannt.

Frau Auras berichtet, dass das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) darum gebeten habe, die Vorschläge ggf. durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) prüfen zu lassen, da es sich um ein Beispiel strategischer Verkehrsplanung handele.

Der Fachausschuss verständigt sich abschließend einstimmig darauf, die Vorschläge des Bürgerantrags SKUMS zur Prüfung vorzulegen. Dabei seien auch zu erwartende Verkehrsverlagerungen und der tatsächliche Umfang der Schleichverkehre durch den Ortsteil zu klären. Ebenso bittet der Fachausschuss um eine Schätzung der mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Kosten. Nach Vorlage der Prüfungsergebnisse bittet der Fachausschuss um erneute Befassung.

## **TOP 2: Bürgerantrag: Ausweisung einer Fahrradstraße in der Elsasser Straße zwischen Verdunstraße und Straßburger Straße sowie Obernkirchener Straße**

Julian Tampke stellt seinen Bürgerantrag vor.<sup>2</sup> Die beiden Straßenzüge seien Teil der Fahrrad-Haupttroute und verbänden die Innenstadt und den Bremer Osten. Viele Radfahrer\*innen nutzten diese Verbindung, weil alternative Strecken in einem schlechteren Zustand seien und über eine größere Anzahl von Knotenpunkten führten. Ein Radweg bestehe nur in schmaler Ausführung in der Elsasser Straße stadteinwärts, dieser werde aber nur in geringem Umfang genutzt. Die Ausweisung als Fahrradstraßen würde die Sicherheit für den Radverkehr erhöhen und dafür sorgen, dass sich keine Radfahrenden auf den Fußwegen bewegten. Nur bei wenigen Straßeneinmündungen müsste die jetzige Rechts-vor-links-Regel aufgehoben werden.

Sarai Auras berichtet, dass sich das ASV zu der Frage, ob die Obernkirchener Straße und die Elsasser Straße zwischen Verdunstraße und Straßburger Straße als Fahrradstraßen ausgewiesen werden könnten, wie folgt geäußert habe:

„Die Einrichtung von Fahrradstraßen ist ein Instrument um bereits vorhandene Verbindungswege mit hohem Radverkehrsanteil im Netz (Haupttrouten) aufzuwerten oder neue zu schaffen. Ziel ist es, die Route durch die Erhöhung des Komforts und der Sicherheit für den Radfahrer attraktiver zu machen und Radverkehrsströme zu bündeln.

---

<sup>2</sup> Der Bürgerantrag ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

Der Bürgerantrag wurde erstmals in der Fachausschusssitzung am 09.12.2020 unter TOP 4 aufgerufen und vom Fachausschuss mit der Bitte an das Ortsamt vertagt, „zu klären, ob diese beiden Straßen grundsätzlich als Fahrradstraßen ausgewiesen werden könnten“; siehe [Protokoll Nr. 8](#). Der Bürgerantrag bezog sich ursprünglich auch auf Straßenzüge in der Vahr (Barbarossastraße) bzw. im Grenzbereich beider Stadtteile (Ostpreußische Straße, Tannenbergsstraße).

Rechtlich gesehen ist die grundsätzliche Voraussetzung für die Einrichtung einer Fahrradstraße, dass der Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart ist oder alsbald zu erwarten ist (Zählung erforderlich).“

Nach der Ausführung des Bürgerantragstellers, im Stadtteil Vahr ansässig zu sein, stellt Jörn H. Linnertz fest, dass der Bürgerantrag nicht zulässig sei.<sup>3</sup> Er bittet nachdrücklich darum, dass das Ortsamt vorab die Zulässigkeit eines Bürgerantrags prüfe.

Klaus-Peter Land stellt fest, dass sich das Gremium auf seiner letzten Sitzung darauf verständigt habe, das Thema zu befassen. Anschließend stellt er einen gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD zur Einrichtung einer Fahrradzone in einem Teil des Gete-Viertel vor.<sup>4</sup> Bisher beständen in Bremen zwei Modellquartiere in der Alten Neustadt und im Ellener Hof,<sup>5</sup> die Straßenzüge zwischen Schwachhauser Heerstraße, Kirchbachstraße und Kurfürstenallee könnten mit einem Netz von Fahrradstraßen ein drittes Modellquartier werden. Über die Inanspruchnahme von Bundesmitteln bestehe auch die Möglichkeit, Straßenzüge wie die Uhlandstraße, deren Sanierung dem Beirat bislang nicht gelungen sei, wieder instand zu setzen. Auch dieses Vorhaben mache eine Bürgerbeteiligung erforderlich.

Dr. Hans-Peter Volkmann beantragt mit einem Geschäftsordnungsantrag, den vorgestellten Antrag heute nicht zu befassen und auf die nächste Sitzung zu vertagen. Der Beirat habe sich gemeinsam darauf verständigt, Anträge frühzeitig vorzulegen, damit sich alle Gremienmitglieder vorab damit befassen könnten. Dieser Antrag sei aber kurzfristig vorgelegt worden.

Klaus-Peter Land entgegnet, dass der Fachausschuss frei sei, über Themen zu sprechen. Das Thema stehe auf der Tagesordnung. Es habe ausreichend Zeit zur Vorbereitung gegeben. Allerdings müsse heute nicht zwingend über den Antrag abgestimmt werden.

Sarai Auras lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen: Er wird bei drei Ja- und vier Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend erklärt Dr. Volkmann, dass seine Fraktion gerne bereit sei, sich mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen. Kritisch sehe er die Aufhebung der Rechts-vor-links-Regel. Ziel müsse eine für alle Verkehrsteilnehmer\*innen ausgewogene Lösung sein.

Ralf Raschkewitz weist darauf hin, dass die Rad-Verbindung über die Strecke Uhlandstraße in Richtung Vahr noch fehle, vorausgesetzt die Straßenbeläge würden verbessert und die notwendigen Markierungen aufgebracht.

Klaus-Peter Land verdeutlicht, dass ein Fahrradmodellquartier Fördermittel eröffne. Damit ließen sich für alle Verkehrsteilnehmer\*innen Straßenoberflächen sanieren. Außerdem bliebe in einem Fahrradmodellquartier als Netz miteinander verbundener Fahrradstraßen die Rechts-vor-links-Regel erhalten.

### TOP 3: Stadtteilbudget

Sarai Auras verweist auf eine aktuelle Übersicht über das Stadtteilbudget.<sup>6</sup> Dem Beirat ständen noch knapp € 245.000 zur Verfügung.

Weiter berichtet sie, dass das ASV zu den gewünschten Maßnahmen in der Riensberger Straße eine Kostenschätzung abgegeben habe:<sup>7</sup>

- Markierung von drei Fußgänger-Piktogrammen: jeweils € 480;
- Markierung von zwei Tempo 30-Piktogrammen: jeweils € 960;

<sup>3</sup> Jörn H. Linnertz bezieht sich hier auf § 6 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter: „Einwohnerinnen und Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, können in beiratsbezogenen Angelegenheiten Anträge an den Beirat stellen.“

<sup>4</sup> Der gemeinsame Antrag von Grünen und SPD ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

<sup>5</sup> Informationen zum Fahrradmodellquartier Alte Neustadt finden sich [hier](#).

<sup>6</sup> Die aktuelle Übersicht über das Stadtteilbudget ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

<sup>7</sup> Die gewünschten Maßnahmen (vorhandene Piktogramme für den Fußverkehr zu erneuern und durch weitere ergänzen zu lassen, auf der Fahrbahn zwei Tempo 30-Piktogramme aufbringen zu lassen sowie zu prüfen, ob die Rechts-vor-links-Regelung an der Einmündung der Straße Unter den Eichen durch eine entsprechende Beschilderung verdeutlicht werden kann) gehen zurück auf einen Bürgerantrag, der in der Fachausschusssitzung am 09.12.2020 befasst wurde, siehe [Protokoll Nr. 8 \(TOP 2\)](#) und die Anlage [Bürgerantrag Riensberger Straße](#).

- Anbringung eines Verkehrszeichens an der Einmündung der Straße Unter den Eichen (VZ 102): € 360.<sup>8</sup> Ein gleiches Zeichen werde an der Ecke Riensberger Straße/ Heymelstraße angebracht. Der Beirat Horn-Lehe habe diesem Vorhaben zugestimmt.

Folgekosten seien bereits eingerechnet.

Der Fachausschuss stimmt den Vorschlägen und deren Finanzierung aus dem Stadtteilbudget einstimmig zu.

Anschließend verständigt sich der Fachausschuss darauf, im Schwachhauser Ring einen Ortstermin durchzuführen, um sich ein Bild von den bislang zurückgebauten Überfahrten zu machen sowie weitere Sanierungs- und Entsiegelungsmaßnahmen zu prüfen.

Auf Nachfrage von Jörg Henschen erwidert Sarai Auras, dass die Beleuchtung in der Carl-Schurz-Straße vor der dortigen Grundschule verbessert worden sei. Weitere Maßnahmen wie die Aufstellung von Pollern seien beauftragt, aber leider immer noch nicht umgesetzt worden.

Auf Nachfrage von Dr. Volkmann berichtet Thomas Berger, dass die vom Beirat gewünschte farbliche Hervorhebung der Überwegung vor der Grundschule von SKUMS und ASV abgelehnt worden sei.<sup>9</sup> Die Durchführung der Maßnahme aus Mitteln des Stadtteilbudgets sei jedoch möglich.

Der Fachausschuss verständigt sich einstimmig bei einer Enthaltung darauf, für die farbliche Hervorhebung der Überwegung vor der Grundschule Carl-Schurz-Straße eine Kostenschätzung beim ASV einzuholen.

#### TOP 4: Verschiedenes

##### Anhörung Heinstraße (Zickzack-Markierung im Einmündungsbereich zur Friedhofstraße)<sup>10</sup>

Der Fachausschuss stimmt der vorgeschlagenen Maßnahme mit vier Ja- bei drei Nein-Stimmen (CDU) mehrheitlich zu und erreicht damit keinen einstimmigen Beschluss.

##### Sachstand zur Kampagne der Polizei und des Beirats „Abstand halten“<sup>11</sup>

Sarai Auras berichtet, dass der zuletzt erarbeitete Vorschlag Folgendes umfasse:

- 2 Banner beidseitig bedruckt (Blockout-PVC-Plane), ca. € 94 €;
- 5 Banner einseitig bedruckt, ca. € 129;
- Befestigungsmaterial, Lizenz, ca. € 72;
- 1000 Aufkleber DIN lang, € 74;
- 1000 Postkarten DIN lang, ca. € 35.

Der Fachausschuss nimmt Kenntnis.

**Neuer Termin: Mittwoch, 28.04.2021, 18:30 Uhr.**

| Sprecher     | Vorsitz | Protokoll |
|--------------|---------|-----------|
| Dr. Volkmann | Auras   | Berger    |

<sup>8</sup> Die neu vorgesehenen Piktogramme sind der **Anlage 5** zu entnehmen (rot eingezeichnet).

<sup>9</sup> Der entsprechende Beschluss fiel in der Beiratssitzung am 24.09.2020, siehe [Protokoll Nr. 10](#) (TOP 4) und die Anlage [Antrag der CDU zur Verkehrssicherheit vor der Grundschule Carl-Schurz-Straße](#).

Die Antwort von SKUMS vom 20.02.2021 lautet: „Die Hochpflasterung vor der Grundschule Carl-Schurz-Straße ist mit grauen Betonsteinen gepflastert. Wie bereits mehrfach mitgeteilt, eignen sich Betonsteine, u.a. wegen der Fugenbildung, nicht für Farbanstriche. Sollte hier die farbliche Hervorhebung der Hochpflasterung weiterhin gewünscht werden, so empfehlen wir aus Sicht der Straßenerhaltung: entweder die grauen Betonsteine durch rote Betonsteine zu ersetzen oder die Hochpflasterung zu Asphaltieren und anschließend farblich hervorheben. Da die Hochpflasterung nach Plan gebaut und in einem verkehrssicheren Zustand ist, müssten die anfallenden Kosten durch das Stadtteilbudget übernommen werden.“

<sup>10</sup> Die Anhörung ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.

<sup>11</sup> Der Beirat beabsichtigt, die Maßnahme aus Globalmitteln zu finanzieren, und hat dafür in der Beiratssitzung am 17.12.2020 € 400 bereitgestellt; siehe [Protokoll Nr. 12](#) (TOP 4) und die Anlage [Globalmittelanträge](#). Die Gestaltung des Banners ist **Anlage 7** zu entnehmen.